

(In Anwendung von Titel V des Vertrages über die Europäischen Union erlassene Rechtsakte)

FÜNFTER JAHRESBERICHT GEMÄSS NUMMER 8 DER OPERATIVEN BESTIMMUNGEN DES VERHALTENSKODEX DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR WAFFENAUSFUHREN

(2003/C 320/01)

EINLEITUNG

In dem Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren ist ein Verfahren für den Informationsaustausch und die Konsultation unter den Mitgliedstaaten vorgesehen, um die Konvergenz der nationalen Ausfuhrkontrollpolitiken zu gewährleisten.

Die Entscheidungen der Mitgliedstaaten zu Verfahrensweisen, die mit dem Verhaltenskodex und seiner Anwendung durch die Mitgliedstaaten in Zusammenhang stehen, werden in aufeinander folgenden Jahresberichten aufgezeichnet. Im Interesse der Transparenz enthält der diesjährige Bericht nach dem Vorbild des Berichts 2002 in seiner Anlage ein Kompendium der vereinbarten Verfahrensweisen, in dem alle Entscheidungen der Gruppe systematisch aufgeführt sind. Zusammen mit dem Kodex selbst vermittelt das Kompendium einen umfassenden Überblick über den Kodex und seine Anwendung durch die Mitgliedstaaten.

I. BILANZ DES FÜNFTEN JAHRES DER ANWENDUNG DES KODEX

Der Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren kann zu Recht als die umfassendste internationale Regelung für die Kontrolle von Waffenausfuhren betrachtet werden. Die hohe Anzahl von Verweigerungsmitteilungen und Konsultationen verdeutlicht den intensiven Dialog zwischen den Mitgliedstaaten, der zur Konvergenz der in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union geltenden Politiken und Verfahren in Verbindung mit Waffenausfuhren beiträgt.

Der Dialog besitzt nicht nur eine interne Dimension zwischen den Mitgliedstaaten; er wird auf Troika-Tagungen im Rahmen des politischen Dialogs der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union auch mit Drittstaaten geführt.

In diesem Zusammenhang wurde der Dialog mit den beitretenden und assoziierten Staaten intensiviert, um die Umsetzung des Verhaltenskodex, den diese Länder im Grundsatz gebilligt haben, zu verbessern. Änderungen und Anpassungen bedarf es auf Gesetzgebungsebene und im Hinblick auf die Ausbildung der betroffenen Beamten. Hier können die Mitgliedstaaten einen maßgeblichen Beitrag leisten.

Am 28. Mai 2003 hat die Tschechische Republik in Prag die Vierte Informelle Expertentagung zu den Waffenausfuhrpolitiken ausgerichtet, auf der Fragen in Verbindung mit Waffenver-

mittlungstätigkeiten, der Umsetzung des Verhaltenskodex und Fragen der Durchsetzung erörtert wurden. Ferner wurden die nationalen Politiken beschrieben und die Methoden zur Durchführung der europäischen Waffenausfuhrkontrollen verglichen. Außerdem wurden dabei persönliche Kontakte zwischen den Experten gefördert.

Nach der Festlegung des Gemeinsamen Standpunkts 2003/468/GASP des Rates zu Waffenvermittlungstätigkeiten wurden die Beratungen über eine mögliche Stärkung des Status des Verhaltenskodex durch seine Umwandlung in einen Gemeinsamen Standpunkt intensiviert. Dieses Thema wurde auch in der Begründung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik des Europäischen Parlaments betreffend den Vierten Jahresbericht zu dem Verhaltenskodex aufgegriffen, in dem die Forderung nach der Rechtsverbindlichkeit des Kodex erneut bekräftigt und die Möglichkeit seiner Umsetzung in nationales Recht angesprochen wurde. Die Gruppe hat die rechtlichen Auswirkungen einer eventuellen Umwandlung des Kodex in einen Gemeinsamen Standpunkt geprüft und setzt ihre Beratungen über dieses Thema fort.

II. STAND DER DURCHFÜHRUNG DER IM VIERTEN JAHRESBERICHT AUSGEWIESENEN PRIORITÄREN MASSNAHMEN

Harmonisierung der nationalen Berichte

Der Prozess zur Harmonisierung der Berichtsverfahren wurde fortgesetzt und es wurden weitere Schritte unternommen, um vollkommen vergleichbare statistische Angaben zu erhalten. Es wurde deutlich, dass Änderungen der nationalen Berichterstattungssysteme für Waffenausfuhren nur anhand eines schrittweisen Ansatzes möglich sind. Fortschritte wurden bei der Liste der Empfängerländer erzielt, die nun eine vollständige Übersicht über die verschiedenen Bestimmungsorte bietet.

In Bezug auf die statistischen Angaben hat sich die Gruppe mit der Situation befasst, die sich daraus ergibt, dass einige Staaten nicht in der Lage sind, Angaben sowohl über die erteilten Genehmigungen als auch die tatsächlichen Ausfuhren bereitzustellen.

Normierung der Endverwendererklärungen

Nachdem die Mitgliedstaaten festgelegt hatten, welche zentralen Elemente eine Endverwendererklärung umfassen sollte, wenn diese von einem Mitgliedstaat in Verbindung mit der Ausfuhr von in der Gemeinsamen Militärgüterliste aufgeführten Gütern verlangt wird, setzten sie die Prüfung der Möglichkeiten für eine weitere Normierung dieser Erklärungen fort.

In diesem Zusammenhang wurde das Paket obligatorischer Einzelangaben erweitert und erörtert, welche Elemente eventuell zusätzlich aufgenommen werden sollten.

Waffenvermittlungstätigkeiten

Nach der endgültigen Billigung durch die Gruppe „COARM“ hat der Rat im Juni 2003 einen Gemeinsamen Standpunkt zur Überwachung von Waffenvermittlungstätigkeiten festgelegt. Mit dieser gemeinsamen Verpflichtung werden einige der in der Anlage zum Vierten Jahresbericht aufgeführten vereinbarten Verfahrensweisen förmlich bestätigt. Außerdem umfasst er einige Kriterien und Definitionen, die von den Mitgliedstaaten in ihre nationalen Rechtsvorschriften über Waffenvermittlungstätigkeiten aufzunehmen sind.

Für Vermittlungstätigkeiten sollte eine Lizenz oder schriftliche Genehmigung bei den zuständigen Behörden des Mitgliedstaats, in dem diese Tätigkeiten stattfinden, und, soweit durch nationale Rechtsvorschriften vorgeschrieben, bei den zuständigen Behörden des Mitgliedstaats, in dem der Vermittler ansässig oder niedergelassen ist, eingeholt werden. Die Mitgliedstaaten prüfen die Anträge auf eine Lizenz oder eine schriftliche Genehmigung für spezifische Vermittlungstätigkeiten auf der Grundlage der Bestimmungen des Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren.

Die Mitgliedstaaten können zudem Vermittler verpflichten, für die Ausübung ihrer Vermittlungstätigkeit eine schriftliche Genehmigung einzuholen, und sie können ein Register der Waffenvermittler anlegen. Die Registrierung oder die Genehmigung der Ausübung von Vermittlungstätigkeiten würde auf keinen Fall die Verpflichtung ersetzen, für jede einzelne Transaktion die erforderliche Lizenz oder schriftliche Genehmigung einzuholen.

Die Gruppe hat ferner vereinbart, dass der Gemeinsame Standpunkt mittels des im Verhaltenskodex vorgesehenen Mechanismus umgesetzt werden sollte. Jedoch bestehen noch nicht in allen Mitgliedstaaten Rechtsvorschriften für die Vermittlungstätigkeiten; daher wurde empfohlen, dass ein Notifizierungs- und Konsultationssystem nur für die Mitgliedstaaten verbindlich gelten sollte, in denen die notwendigen Gesetze existieren.

Verbesserung des Übermittlungssystems für Verweigerungsmitteilungen

Die Übermittlung von Verweigerungsmitteilungen ist eines der wichtigsten Mittel, mit denen die Ziele der Ausfuhrkontrollpolitiken der Mitgliedstaaten und deren Konvergenz erreicht werden können. Zu diesem Zweck hat die Gruppe Einvernehmen über einen „Benutzerleitfaden“ erzielt, mit dessen Hilfe die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten in diesem Bereich geklärt und der Informationsaustausch verbessert werden sollen. Dabei soll der Leitfaden nicht den Verhaltenskodex ersetzen, sondern Anleitung zur Auslegung seiner operativen Bestimmungen im Hinblick auf die Definition der Verweigerung einer Genehmigung, das Verfahren für die Mitteilung und die Informationen, die darin enthalten sein sollten, sowie den Widerruf einer Verweigerungsmitteilung und die Konsultationsverfahren geben. Er ist hauptsächlich für die Benutzung durch Beamte der Genehmigungsbehörden bestimmt.

Ferner wurde die Einrichtung einer zentralen Datenbank über Verweigerungen von Ausfuhrgenehmigungen beschlossen, womit eine Ressource geschaffen wird, die von allen Mitgliedstaaten für die Suche nach bestimmten Verweigerungen genutzt werden kann.

Verbreitung der Grundsätze und Kriterien des Kodex bei Nichtmitgliedstaaten und internationalen Organisationen

Der Verhaltenskodex sowie seine Ziele und Verfahren werden im Rahmen des politischen Dialogs mit Nichtmitgliedstaaten und internationalen Organisationen regelmäßig vorgestellt und empfohlen.

In diesem Zusammenhang hat sich die Gruppe „COARM“ grundsätzlich darauf geeinigt, Informationen über Verweigerungen in zusammengefasster Form an ausgewählte Nichtmitgliedstaaten weiterzugeben. Jede diesbezügliche Entscheidung wird auf Einzelfallbasis getroffen, so wird derzeit u. a. geprüft, ob sich gegenseitige Verpflichtungen mit dem bzw. den beteiligten Ländern ergeben könnten.

III. SONSTIGE IM RAHMEN DER GRUPPE „COARM“ ERÖRTERTE FRAGEN IN ZUSAMMENHANG MIT DER UMSETZUNG DES VERHALTENSKODEX

Gemeinsame Militärgüterliste der EU

Es wurde eine neue, aktualisierte Version der Gemeinsamen Militärgüterliste der EU angenommen (die letzte Fassung stammt aus dem Monat Juni 2000). In der neuen Version wird das gleiche Nummerierungssystem wie in der Militärgüterliste des Wassenaar-Arrangements verwendet. Die neue Version der EU-Liste trägt der Liste des Wassenaar-Arrangements Rechnung. Die Mitgliedstaaten haben vereinbart, dass künftige Änderungen in der Liste des Wassenaar-Arrangements nicht automatisch eine Änderung der Gemeinsamen Liste der EU zur Folge haben werden. Die Liste ist dem Rat vorgelegt worden und wird im Amtsblatt (Serie C) veröffentlicht.

Erfüllung von Kriterium acht des Verhaltenskodex

Es wurde eine Studie eingeleitet, die auf spezielle Leitlinien zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Anwendung dieses Kriteriums abstellt sowie darauf, welche Ministerien bzw. Regierungsstellen an dieser Arbeit beteiligt sind. Weitere derzeit erörterte Fragen betreffen die Indikatoren, die für die Durchführung der nach Kriterium 8 geforderten Beurteilung verwendet werden und die sowohl den im Einfuhrland vorherrschenden Bedingungen als auch den möglichen Auswirkungen der Ausfuhr Rechnung tragen sollten, sowie die Informationsquellen.

Vorrangige Leitlinien für die nahe Zukunft

Nach fünfjähriger Anwendung des Verhaltenskodex hat sich gezeigt, dass die grundlegenden Elemente eines gemeinsamen Ansatzes für die Kontrolle der Ausfuhr konventioneller Waffen durch die Mitgliedstaaten als vorhanden angesehen werden können. Einiges zu tun gibt es jedoch noch in bestimmten Bereichen, die bisher noch nicht behandelt wurden bzw. die weitere Arbeiten zur Konsolidierung und zum Aufbau auf den bereits erreichten Ergebnissen erfordern.

Die Mitgliedstaaten haben folgende vorrangige Leitlinien für die nahe Zukunft festgelegt:

1. Fortsetzung des Prozesses zur Harmonisierung der nationalen Berichte, um die Klarheit und Transparenz der zusammenfassenden Tabellen zu verbessern;
 2. Überwachung der Umsetzung des Gemeinsamen Standpunkts zu Waffenvermittlungstätigkeiten unter Berücksichtigung des unterschiedlichen Stands der nationalen Rechtsvorschriften;
 3. Überlegungen zu den Möglichkeiten, wie der elektronische Transfer von Computerprogrammen und Technologien in Verbindung mit Gütern, die in der Gemeinsamen Militärgüterliste enthalten sind, kontrolliert werden kann;
 4. Fortsetzung der Politik zur Verbreitung der Grundsätze und Kriterien des Verhaltenskodex in Drittstaaten;
 5. Leistung von praktischer und technischer Hilfe für die beitretenden Staaten auf deren Ersuchen, um die Harmonisierung der Politiken zur Waffenausfuhrkontrolle und die vollständige Umsetzung der Grundsätze und Kriterien des Verhaltenskodex sicherzustellen;
 6. Vollständige Umsetzung der im Benutzerleitfaden enthaltenen vereinfachten Vorschriften und Gewährleistung seiner umfassenden Anwendung einschließlich der zentralen Datenbank über Verweigerungen;
 7. Entwicklung des Dialogs mit dem Europäischen Parlament;
 8. Entwicklung der Beziehungen zu Drittstaaten, die sich dem Verhaltenskodex angeschlossen haben;
 9. Überarbeitung des Verhaltenskodex.
-

KOMPENDIUM DER IM RAHMEN DES VERHALTENSKODEX ZWISCHEN DEN MITGLIEDSTAATEN VEREINBARTEN VERFAHRENSWEISEN

I. EINLEITUNG

Seit der Verhaltenskodex im Jahre 1998 angenommen wurde, haben die Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Zusammenhang mit dem Kodex und seinen operativen Bestimmungen eine Reihe von Verfahrensweisen vereinbart, die der Verdeutlichung, der Ausdifferenzierung und in einigen Fällen auch der Erweiterung des Anwendungsbereichs der Grundsätze und der operativen Bestimmungen des Kodex dienen.

Die Mitgliedstaaten haben diese vereinbarten Verfahrensweisen in ihre Jahresberichte über die Anwendung des Verhaltenskodex aufgenommen.

In diesem Kompendium werden diese Verfahrensweisen systematisch erfasst und jährlich aktualisiert und als Anlage zu dem Jahresbericht veröffentlicht. Zusammen mit dem Kodex bietet das Kompendium einen transparenten und umfassenden Überblick über den Verhaltenskodex und seine Anwendung in den Mitgliedstaaten. Das Kompendium ist in zwei Abschnitte unterteilt. Der erste Abschnitt ist den allgemeinen Verfahrensweisen im Zusammenhang mit der Anwendung des Kodex gewidmet und der zweite Abschnitt behandelt die Verfahrensweisen, die mit bestimmten operativen Bestimmungen des Kodex im Zusammenhang stehen. Das Jahr, in dem die jeweiligen Verfahrensweisen in den Jahresberichten veröffentlicht wurden, ist in Klammern angegeben. Punkte, die derzeit Gegenstand von Erörterungen sind oder als Prioritäten für künftige Erörterungen anstehen, sind in dem Kompendium nicht enthalten.

II. ALLGEMEINE VERFAHRENSWEISEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER ANWENDUNG DES VERHALTENSKODEX

1. **Ausfuhr von im Rahmen humanitärer Einsätze verwendeter Güter**

Die Gruppe „COARM“ hat die Frage erörtert, inwieweit es wünschenswert ist, die Ausfuhr von der Kontrolle unterliegenden Gütern zu genehmigen, wenn sie für humanitäre Zwecke bestimmt sind, obwohl diese Ausfuhr für gewöhnlich auf der Grundlage des Verhaltenskodex verweigert würde. In ehemaligen Konfliktgebieten können bestimmte Arten von der Kontrolle unterliegenden Gütern einen bedeutenden Beitrag zur Gewährleistung der Sicherheit der Zivilbevölkerung und zum Wiederaufbau der Wirtschaft leisten. Die Mitgliedstaaten sind zu dem Schluss gelangt, dass derartige Ausfuhren nicht im Widerspruch zu dem Verhaltenskodex der Europäischen Union stehen. Wie alle anderen Ausfuhren müssen sie im Einzelfall geprüft werden, wobei den im Kodex aufgeführten Kriterien in vollem Umfang Rechnung zu tragen ist. Die Mitgliedstaaten werden angemessene Sicherheiten verlangen, um einen Missbrauch der betreffenden Güter zu verhindern, und sie werden gegebenenfalls Bestimmungen für die Rückführung dieser Güter vorsehen müssen (2001).

2. **Kontrolle der Vermittlungstätigkeit für Waffen**

Im Rahmen der Umsetzung des Verhaltenskodex wurde die Frage der Kontrolle der Vermittlungstätigkeit für Waffen im Rahmen der Gruppe „COARM“ mehrfach angeschnitten und erörtert. Entsprechend der in dem zweiten Jahresbericht bekundeten Absicht haben die Mitgliedstaaten ihre Beratungen über die Modalitäten, nach denen die Tätigkeit der Vermittler für Waffen kontrolliert werden sollen, fortgesetzt und vertieft. Zu

diesem Zweck haben sie sich auf eine Reihe von Leitlinien für die Kontrolle der Vermittlungstätigkeit für Waffen geeinigt, die den nationalen Gesetzgebungen als Orientierung dienen könnten.

Die in der Europäischen Union ansässigen Personen und Körperschaften sind daran zu hindern, Waffenlieferungen zu tätigen, mit denen die auf nationaler Ebene oder von der Europäischen Union, den Vereinten Nationen oder der OSZE verhängten Embargos bzw. die Ausfuhrkriterien des Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren umgangen werden sollen; ferner ist es wünschenswert, dass die Instrumente geschaffen werden, die für den Informationsaustausch in Bezug auf legale als auch illegale Waffenvermittlungstätigkeiten erforderlich sind; dies würde die Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union zur Verhütung und Bekämpfung des Waffenhandels verstärken. Die Kontrolle sollte die Tätigkeiten der Personen und Körperschaften erfassen, die als Vertreter, Konzessionsnehmer oder Vermittler Transaktionen aushandeln oder zustande bringen, bei denen es um die Lieferung von Waffen und militärischer Ausrüstung zwischen ausländischen Staaten geht. Diese Maßnahmen schaffen ferner einen klaren Rahmen für die Ausübung legaler Waffenvermittlungstätigkeiten.

Um die aus den unterschiedlichen nationalen Ansätzen resultierenden Schwachstellen zu beheben und die Arbeiten derjenigen Mitgliedstaaten zu erleichtern, die eine nationale Regelung einführen oder weiter ausarbeiten wollen, sind einige Vorschläge in Bezug auf die Kontrolle von Waffenvermittlern geprüft worden. Die diesbezüglichen Schlussfolgerungen sind nachstehend wiedergegeben.

Was Transaktionen anbelangt, bei denen Kauf- und Verkaufstätigkeiten (der Waffenvermittler wird rechtlich Eigentümer der Waffen oder der militärischen Ausrüstung) oder Mittlertätigkeiten (der Vermittler erwirbt das Material nicht selbst) stattfinden, so sollte bei den zuständigen Behörden des Mitgliedstaats, in dem die Vermittlungstätigkeiten stattfinden oder in dem der Vermittler ansässig oder niedergelassen ist, eine Lizenz oder eine schriftliche Genehmigung beantragt werden. Die Anträge auf eine Lizenz oder Genehmigung sollten in jedem Einzelfall anhand der Kriterien des Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren geprüft werden.

Ferner sollten die Mitgliedstaaten ernstlich erwägen, Register einzurichten, in die die Vermittler eingetragen würden, oder diese zu verpflichten, bei den zuständigen Behörden des Mitgliedstaats, in dem sie ansässig oder niedergelassen sind, eine schriftliche Genehmigung einzuholen. Bei der Prüfung eines Antrags auf Genehmigung der Ausübung einer Vermittlungstätigkeit sollten etwa bekannt gewordene Tatsachen in Bezug auf frühere illegale Tätigkeiten berücksichtigt werden. Eine derartige Register- oder Genehmigungsregelung sollte jedoch nicht als eine wie auch immer geartete amtliche Billigung der Vermittlungstätigkeiten missverstanden werden, was sich auch zweifelsfrei daraus ergibt, dass eine Regelung mit Einzel- oder Sammellizenzen für Transaktionen beibehalten wird.

Die auf diesem wichtigen Gebiet gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollen sollten mit wirksamen Sanktionen einhergehen. Die Mitgliedstaaten könnten Informationen über die Rechtsvorschriften, die registrierten Vermittler und die Vermittler, die

früher nachweislich an illegalen Tätigkeiten teilgenommen haben, austauschen und die einschlägigen Beratungen im Rahmen der Gruppe „COARM“ fortsetzen, um unter anderem mögliche Kriterien für die Bewertung der Anträge auf Registrierung als Vermittler oder auf Genehmigung der Ausübung einer Vermittlungstätigkeit präziser zu bestimmen (2001).

Im Rahmen der Gruppe „Ausfuhr konventioneller Waffen“ (COARM) haben die Mitgliedstaaten einschlägige Daten bezüglich der in ihren jeweiligen nationalen Rechtsvorschriften vorgesehenen Kontrollen in Bezug auf die Vermittlungstätigkeit gesammelt und erörtert. Die Mitgliedstaaten haben darüber diskutiert, welche Maßnahmen sowohl in den Mitgliedstaaten als auch in einem weiteren Kreis zur Stärkung der politischen Bereitschaft zur Kontrolle der Waffenvermittlungstätigkeiten ergriffen werden können (2002).

Die Gruppe „COARM“ hat sich auf den Entwurf eines Gemeinsamen Standpunkts geeinigt, der vom Rat am 23. Juni 2003 angenommen wurde (Gemeinsamer Standpunkt 2003/468/GASP betreffend die Überwachung von Waffenvermittlungstätigkeiten) (2003).

3. Immaterieller Technologietransfer

Die Gruppe „COARM“ stellte fest, dass unbedingt erwogen werden sollte, die elektronische Weitergabe von Computerprogrammen und von Technologien, die mit den in der gemeinsamen Liste aufgeführten Gütern in Zusammenhang stehen, einer wirksamen rechtlichen Kontrolle zu unterwerfen, wie sie bereits in mehreren Mitgliedstaaten erfolgt. Sie kam überein, diese Frage unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Beratungen auf dem Gebiet der Güter mit doppeltem Verwendungszweck weiter zu prüfen (2001).

4. Transitverkehr

In Fällen, in denen Mitgliedstaaten für Güter, die in der Gemeinsamen Militärgüterliste der Europäischen Union enthalten sind, eine Durchfuhr- oder Umladegenehmigung fordern, sollten die Kriterien des Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren bei der Entscheidung über Anträge auf solche Genehmigungen angemessen berücksichtigt werden (2002).

5. Lizenzfertigung von Rüstungsgütern

Da die Europäische Union über die Auswirkungen von unkontrollierten Waffenströmen und destabilisierend wirkenden Anhäufungen von Waffen und anderer militärischer Ausrüstung sowie über die Auswirkungen einer Weitergabe von Technologien und Mitteln für die Fertigung solcher Waffen und solcher militärischer Ausrüstung besorgt ist, hat sie Maßnahmen zur Konsolidierung und Stärkung von Waffenausfuhrkontrollen ergriffen, um die internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu fördern und einen Beitrag zur Konfliktverhütung zu leisten. Die Europäische Union erkennt hiermit die besondere Verantwortung an, die Staaten zufällt, welche Waffen exportieren. Unter Hinweis auf den Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren vom 8. Juni 1998 kamen die Mitgliedstaaten überein, dass sie bei der Prüfung von Anträgen auf Ausfuhrgenehmigungen für Technologien, die der Kontrolle unterliegen, oder für Güter, die im Ausland für die Fertigung von auf der Gemeinsamen Militärgüterliste verzeichneten Ausrüstungen verwendet werden können, dem potenziellen Verwendungszweck des Fertigprodukts im Herstellungsland Rechnung tragen werden, ebenso wie dem Umstand, dass das Fertigprodukt umgeleitet oder exportiert werden und somit in den Besitz eines unerwünschten Endverwenders gelangen könnte (2002).

III. VORGEHENSWEISEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEN OPERATIVEN BESTIMMUNGEN DES VERHALTENSKODEX

Operative Bestimmung Nummer 3

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union teilen auf diplomatischem Wege Einzelheiten zu den abgelehnten Ausfuhranträgen mit, die in Übereinstimmung mit dem Verhaltenskodex für militärische Ausrüstung verweigert werden, und fügen eine Begründung bei, warum die Genehmigung verweigert wurde. Die mitzuteilenden Einzelangaben sind in dem Mustervordruck in der Anlage A enthalten. Bevor ein Mitgliedstaat eine Genehmigung erteilt, die von einem anderen Mitgliedstaat bzw. anderen Mitgliedstaaten innerhalb der letzten drei Jahre für eine im Wesentlichen gleichartige Transaktion verweigert worden ist, konsultiert er zunächst den bzw. die Mitgliedstaaten, die die Genehmigung verweigert haben. Falls der betreffende Mitgliedstaat im Anschluss an die Konsultationen dennoch beschließt, die Genehmigung zu erteilen, teilt er dies dem bzw. den Mitgliedstaaten, die die Genehmigung ursprünglich verweigert haben, mit und erläutert ausführlich seine Gründe. Die Entscheidung über den Transfer bzw. die Verweigerung des Transfers von militärischer Ausrüstung bleibt im Ermessen eines jeden Mitgliedstaates. Als Ablehnung einer Genehmigung ist anzusehen, wenn der Mitgliedstaat die Genehmigung des tatsächlichen Verkaufs oder der konkreten Ausfuhr der betreffenden militärischen Ausrüstung abgelehnt hat und es andernfalls zu einem Verkauf oder Abschluss des betreffenden Vertrags gekommen wäre. Für diese Zwecke kann eine notifizierbare Ablehnung — im Einklang mit nationalen Verfahren — auch die Ablehnung einer Genehmigung für die Aufnahme von Verhandlungen oder ein abschlägiger Bescheid auf eine förmliche Voranfrage zu einem bestimmten Auftrag sein.

1. Verweigerungsmittelungen und Konsultationen

Die Verweigerungsmittelungen erhalten eine laufende Nummer zur Angabe des Ursprungslandes und der Nummer der Ablehnung (zusammen mit dem Gemeinschaftskürzel des betreffenden Mitgliedstaates und der Angabe des Jahres).

Verweigerungen, gegen die Rechtsmittel nach den einzelstaatlichen Verfahren eingelegt worden sind, werden im Rahmen des Verhaltenskodex mit einem entsprechenden Hinweis notifiziert.

Beschlüsse zum Entzug bestehender Genehmigungen werden in derselben Weise behandelt wie die Ablehnung eines Antrags auf Ausfuhrgenehmigung.

Verweigerungsmittelungen, die im Rahmen der internationalen Ausfuhrkontrollregelungen übermittelt worden sind, werden, wenn dies für den Anwendungsbereich des Kodex von Bedeutung ist, auch als Verweigerungsmittelung im Rahmen des Verhaltenskodex übermittelt.

Für das Konsultationsverfahren gemäß Nummer 3 der operativen Bestimmungen des Kodex gilt eine Frist von zwei bis vier Wochen nach Eingang des Antrags auf Konsultation, es sei denn, die Beteiligten einigen sich auf einen anderen Zeitraum.

Wird ein Waffenembargo aufgehoben, so erlöschen Verweigerungen, die allein auf dem Embargo beruhen, es sei denn, sie werden von dem verweigernden Land binnen eines Monats aufgrund anderer Kriterien des Kodex erneuert.

Verweigerungsmittelungen sollten folgende Angaben enthalten:

- Bestimmungsland;
- detaillierte Beschreibung des betreffenden Gutes (mit der entsprechenden Nummer aus der Gemeinsamen Liste);
- Käufer (mit der Angabe, ob es sich beim Käufer um eine Regierungseinrichtung, um Polizei, Armee, Marine, Luftwaffe oder um paramilitärische Kräfte handelt oder ob der

Käufer eine Privatperson, eine natürliche oder juristische Person ist und, falls sich die Ablehnung auf Kriterium 7 stützt, den Namen der natürlichen oder juristischen Person);

- Beschreibung des Endverwendungszwecks;
- Gründe für die Ablehnung (bei denen nicht nur die Nummer bzw. Nummern des Kriteriums/der Kriterien, sondern auch die Gründe, auf die sich die Beurteilung stützt, zu nennen sind);
- Zeitpunkt der Ablehnung (oder Mitteilung zu dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Ablehnung, sofern sie noch keine Anwendung findet).

Die Weigerung, eine Transaktion zu genehmigen, die als im Wesentlichen gleichartig mit einer Transaktion beurteilt wird, für die von einem anderen Mitgliedstaat bereits eine Verweigerungsmitteilung vorliegt, ist ebenfalls mitzuteilen.

Der Staat, der die Konsultation eingeleitet hat, sollte systematisch den mitteilenden Staat über seine letztendliche Entscheidung unterrichten, und zwar unabhängig davon, ob eine Genehmigung erteilt oder verweigert wird.

Auch wenn die Konsultationspflicht gemäß dem Verhaltenskodex nach drei Jahren endet, so wird eine Verweigerung, die vor über drei Jahren ausgesprochen wurde, nicht hinfällig, sondern könnte noch Gegenstand eines Informationsaustausches sein (2000).

2. Dialog über die trotz einer früheren Verweigerung erteilten Genehmigungen („undercutting“)

Die Fälle von Anträgen auf Ausfuhrgenehmigung, in denen Konsultationen aufgrund einer Genehmigungsverweigerung zu einer positiven Entscheidung führen, könnten von besonderem Nutzen für die Verstärkung des Dialogs über die Auslegung der Kriterien des Kodex sein und somit die Konvergenz auf dem Gebiet der Ausfuhr konventioneller Waffen fördern.

Diese Fälle könnten das Ergebnis von Entwicklungen im betreffenden Bestimmungsland sein und/oder auf verschiedene Auslegungen der Kriterien abheben. Vor diesem Hintergrund sind die Mitgliedstaaten, die beschließen, eine Genehmigungsverweigerung nicht zu berücksichtigen, damit einverstanden, dass unter Wahrung der Vertraulichkeit die diesen Beschluss betreffenden Informationen nicht nur (wie in den operativen Bestimmungen vorgesehen) dem Staat, der die Verweigerung ursprünglich ausgesprochen hat, sondern auch im Rahmen der Gruppe „COARM“ der Gesamtheit der Mitgliedstaaten mitgeteilt werden, soweit dies mit den nationalen Erwägungen vereinbar ist (2001).

3. Der Ansatz der „im Wesentlichen gleichartigen Transaktionen“

Bei den Beratungen der Gruppe „COARM“ zu diesem Thema konnte folgende gemeinsame Ausrichtung erzielt werden:

Durch die tägliche Anwendung des im Kodex vorgesehenen Verweigerungsmechanismus wird die Erfahrung erworben, die eine eindeutige Bestimmung des Begriffs „im Wesentlichen gleichartige Transaktion“ ermöglichen wird.

Dieser Prozess wird durch die Entscheidung für ein globales Konzept für die Bewertung der Transaktionen und für eine — für die erste Zeit — weit gefasste Auslegung des Begriffs „im Wesentlichen gleichartige Transaktionen“ erleichtert. Bei den anschließenden Konsultationen können dann erforderliche Erfahrungen gesammelt werden, mit deren Hilfe der Begriff schrittweise präziser definiert werden kann.

Um den Prozess noch stärker zu beschleunigen, wird sich der Mitgliedstaat, der die Konsultation eingeleitet hat, darum bemühen, im Rahmen der Gruppe „COARM“ mit den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union Informationen über die Fälle, in denen sich aus den Konsultationen ergibt, dass zwei Transaktionen nicht im Wesentlichen gleichartig waren, unter Wahrung der Vertraulichkeit auszutauschen, soweit dies mit den nationalen Erwägungen vereinbar ist. Entsprechend der inneren Logik des Konsultationsmechanismus werden diese Fälle nicht als „undercuttings“ angesehen (2000).

Operative Bestimmung Nummer 4

Die Mitgliedstaaten behandeln derartige Ablehnungen und die entsprechenden Konsultationen vertraulich und ziehen daraus keine wirtschaftlichen Vorteile.

1. Vertraulichkeit der Konsultationen

Die Mitgliedstaaten haben insbesondere die Modalitäten der Konsultationsverfahren und dabei vor allem die Probleme im Zusammenhang mit der notwendigen Vertraulichkeit dieses Austausches geprüft, die allerdings dem Transparenzprinzip des Verhaltenskodex nicht entgegenstehen darf (2000).

Operative Bestimmung Nummer 5

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union arbeiten auf die baldige Annahme einer gemeinsamen Liste der vom Verhaltenskodex erfassten militärischen Ausrüstung hin, die sich auf entsprechende nationale und internationale Listen stützt. Bis zur Annahme einer solchen gemeinsamen Liste erfolgt die Anwendung des Verhaltenskodex auf der Grundlage nationaler Kontroll-Listen, in die soweit zweckmäßig, Bestandteile einschlägiger internationaler Listen einbezogen werden.

1. Die gemeinsame Militärgüterliste

Die gemeinsame Militärgüterliste ist vom Rat am 13. Juni 2000 angenommen und am 8. Juli 2000 im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht worden. Der Rat beschloss, die Liste gemäß dem Grundsatz der weit reichenden Transparenz, der dem Verhaltenskodex zugrunde liegt, zu veröffentlichen.

Künftig werden die Mitgliedstaaten sich bei Verweigerungsmitteilungen auf die gemeinsame Liste beziehen (dies gilt rückwirkend auch für bereits vorgenommene Verweigerungsmitteilungen), wodurch der Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten über diese Fragen klarer und einfacher wird.

Ablehnungen, die für Güter ausgesprochen werden, die der einzelstaatlichen Kontrolle durch die Mitgliedstaaten unterliegen, jedoch nicht in der oben genannten Liste aufgeführt sind, werden weiterhin allen Mitgliedstaaten mitgeteilt. Mitgliedstaaten, die bei solchen Gütern keine Kontrollen vornehmen, setzen die anderen Mitgliedstaaten davon in Kenntnis.

Die gemeinsame Militärgüterliste ist als politische Verpflichtung im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu werten. Alle Mitgliedstaaten haben sich damit politisch verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass es aufgrund ihrer nationalen Vorschriften möglich ist, die Ausfuhr aller in der Liste aufgeführten Güter zu kontrollieren. Die gemeinsame Militärgüterliste wird als Bezugsrahmen für die nationalen Militärgüterlisten der Mitgliedstaaten dienen, wobei sie diese jedoch nicht unmittelbar ersetzt.

Da diese gemeinsame Liste fortgeschrieben werden soll, werden die Mitgliedstaaten sie im Rahmen der Gruppe „COARM“ weiterhin regelmäßig aktualisieren.

Die Mitgliedstaaten haben schließlich erklärt, dass sie alle Bemühungen unterstützen werden, Güter, die zwar auf der gemeinsamen Militärgüterliste, nicht aber auf der Wassenaar-Militärgüterliste aufgeführt sind, für eine Prüfung im Rahmen des Wassenaar-Arrangements vorzuschlagen (2000).

Die Gruppe „COARM“ kam dahin gehend überein, dass die Vorsitze im Hinblick auf Entscheidungen über eine eventuelle Aktualisierung der gemeinsamen Liste der EU in regelmäßigen Abständen Sondersitzungen (auf Expertenebene) einberufen sollten, damit Änderungen der WA-Liste Rechnung getragen werden kann, die Positionen der Mitgliedstaaten abgestimmt und gegebenenfalls gemeinsame Vorschläge für Änderungen der WA-Liste vereinbart werden können (2002).

Die Gruppe „COARM“ einigte sich auf eine aktualisierte Fassung der Gemeinsamen Liste, die den seit der Veröffentlichung der Gemeinsamen Militärgüterliste der EU im Juli 2000 vereinbarten Änderungen im Rahmen des Wassenaar-Arrangements Rechnung trägt; diese soll in der Serie C des Amtsblatts veröffentlicht werden (2003).

2. Kontrolle der Ausfuhr von nichtmilitärischen Gütern und von Gütern für Polizeizwecke

Die Gruppe „COARM“ hat sich verpflichtet, ein gemeinsames Verzeichnis nichtmilitärischer Güter für Sicherheits- und Polizeizwecke zu erstellen, deren Ausfuhr gemäß Kriterium zwei des Kodex — „Achtung der Menschenrechte im Endbestimmungsland“ — kontrolliert werden sollte. Die Kommission hat nunmehr einen Vorschlag für einen gemeinschaftlichen Mechanismus zur Kontrolle der Ausfuhr nichtmilitärischer, für Zwecke der internen Repression verwendbarer Güter angekündigt (2001).

Die Kommission hat einen Vorschlag für eine Verordnung des Rates betreffend den Handel mit bestimmten Ausrüstungsgegenständen und Produkten, die zur Vollstreckung der Todesstrafe, zu Folter oder zu anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe verwendet werden können (KOM(2002) 770 endgültig vom 30. Dezember 2002) unterbreitet. Dieser Vorschlag wird derzeit von der Gruppe „Handelsfragen“ geprüft (2003).

Operative Bestimmung Nummer 7

Damit der Verhaltenskodex den größtmöglichen Nutzeffekt erhält, werden die Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Rahmen der GASP tätig werden, um ihre Zusammenarbeit zu verstärken und ihre Konvergenz im Bereich der Ausfuhr konventioneller Waffen zu fördern.

1. Berufungsverfahren

Die Gruppe „COARM“ führte einen Gedankenaustausch über die möglichen Beschwerdeverfahren im Bereich der Ausfuhr von Militärgütern (2001).

2. Endverwendererklärung

Die Mitgliedstaaten haben sich hinsichtlich der Ausfuhr von Gütern, die in der gemeinsamen Militärgüterliste erfasst sind,

auf einen gemeinsamen Kern von Angaben verständigt, die eine von einem Mitgliedstaat angeforderte Endverwendererklärung enthalten sollte. Die Mitgliedstaaten haben zudem weitere Angaben festgelegt, die gemäß ihren einzelstaatlichen Rechtsvorschriften ebenfalls gefordert werden könnten.

Nachstehend sind die Mindestangaben aufgeführt, die eine Endverwendererklärung enthalten muss:

- Angaben zum Exporteur, mindestens Name, Anschrift und Firma;
- Angaben zum Endverwender, mindestens Name, Anschrift und Firma; handelt es sich um ein Unternehmen, das die Waren auf dem einheimischen Markt weiterverkauft, gilt das Unternehmen als der Endverwender;
- Endbestimmungsland;
- Beschreibung der zur Ausfuhr bestimmten Waren (Art, Eigenschaften) oder Verweis auf den mit den Behörden des Endbestimmungslands abgeschlossenen Vertrag;
- Menge und/oder Wert der zur Ausfuhr bestimmten Güter;
- Unterschrift, Name und Status des Endverwenders;
- Datum der Endverwendererklärung;
- Endverwenderklausel und/oder Wiederausfuhrverbotsklausel (2002);
- Angabe des Endverwendungszwecks der Güter (2003).

Darüber hinaus können die Mitgliedstaaten gemäß ihren nationalen Rechtsvorschriften unter anderem folgende Angaben verlangen:

- eine Klausel, die die Wiederausfuhr der von der Endverwendererklärung abgedeckten Güter verbietet. Eine solche Klausel könnte unter anderem
 - ein allgemeines Wiederausfuhrverbot enthalten;
 - vorsehen, dass eine Wiederausfuhr nur mit schriftlicher Genehmigung der Behörden des Landes möglich ist, aus dem die Güter ursprünglich ausgeführt wurden;
 - eine Wiederausfuhr ohne vorherige Genehmigung der Behörden des Ausfuhrlandes erlauben, sofern es sich um eine Wiederausfuhr in bestimmte in der Endverwendererklärung definierte Länder handelt;
- gegebenenfalls eine Verpflichtung, dass die zur Ausfuhr bestimmten Güter ausschließlich für die erklärten Zwecke verwendet werden;
- gegebenenfalls eine Verpflichtung, dass die Güter nicht für die Entwicklung, die Herstellung oder den Einsatz von chemischen, biologischen oder atomaren Waffen oder von Flugkörpern, die solche Waffen transportieren können, verwendet werden;
- gegebenenfalls genaue Angaben über den Zwischenhändler;

— wird die Endverwendererklärung von der Regierung des Landes erstellt, für das die Güter bestimmt sind, so wird die Erklärung von den Behörden des Ausfuhrlandes beglaubigt, damit die Echtheit der Unterschrift des Unterzeichners und seine Berechtigung zum Eingehen von Verpflichtungen im Namen seiner Regierung geprüft werden können (2002).

3. Abstimmung der Mitgliedstaaten

Die Koordinierung innerhalb der Europäischen Union im Rahmen der Konferenz der Vereinten Nationen über den unerlaubten Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen, die vom 9. bis 20. Juli 2001 in New York stattgefunden hat, war vorbildlich, denn die Europäische Union war die einzige Staaten-gruppe, die einen globalen Aktionsplan vorgelegt hat.

Sie ist ferner bei den Ausschusssitzungen zur Vorbereitung der Konferenz sehr deutlich in Erscheinung getreten, indem sie ohne Zögern mit einer einzigen Stimme — der des Vorsitzes — gesprochen hat, um ihre Ziele auf diesem Gebiet klar zum Ausdruck zu bringen (2001).

Operative Bestimmung Nummer 8

Jeder Mitgliedstaat übermittelt den anderen Mitgliedstaaten jährlich vertraulich einen Bericht über seine Rüstungsexporte und seine Durchführung des Verhaltenskodex. Diese Berichte werden auf einer jährlichen Tagung im Rahmen der GASP erörtert. Auf dieser Tagung werden auch die Funktionsweise des Kodex überprüft, etwa erforderliche Verbesserungen ermittelt und dem Rat ein konsolidierter Bericht übermittelt, der auf Beiträgen der Mitgliedstaaten aufbaut.

1. Harmonisierung der nationalen Berichte

Die Mitgliedstaaten kamen überein, dass der der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellte Bericht Daten über die Anzahl und den Wert der erteilten Ausfuhrgenehmigungen sowie den Wert der tatsächlichen Ausfuhren (soweit verfügbar), nach Empfängerländern aufgeschlüsselt, enthalten soll. In dem Bericht soll ebenfalls je Empfängerland die Gesamtzahl der von jedem einzelnen Mitgliedstaat ausgesprochenen Verweigerungen und die Gesamtzahl der von allen Mitgliedstaaten ausgesprochenen Verweigerungen angegeben werden, ebenso wie die Kriterien, die zur Begründung der Verweigerung angeführt wurden, und die Häufigkeit, mit der die jeweiligen Kriterien angeführt werden (2002).

Operative Bestimmung Nummer 9

Die Mitgliedstaaten beurteilen, sofern geboten, gemeinsam im Rahmen der GASP anhand der Grundsätze und Kriterien des Verhaltenskodex die Lage potenzieller oder tatsächlicher Empfänger von Rüstungsausfuhren aus Mitgliedstaaten.

1. Konsultationen innerhalb der Gruppe „COARM“

Jeder Einzelfall von Waffenausfuhr kann von den Delegationen in der COARM-Gruppe zur Sprache gebracht werden, wenn dies für die einzelstaatliche Entscheidungsfindung in Bezug auf Genehmigungen für sinnvoll gehalten wird (1999).

Die Mitgliedstaaten tauschen auch weiterhin Informationen über die einzelstaatliche Auslegung von Embargos der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa aus.

Des Weiteren erfolgt eine gegenseitige Abstimmung der Mitgliedstaaten in Bezug auf die nationalen Politiken zur Kontrolle der Waffenausfuhren in bestimmte Länder oder Regionen, gegen die kein Embargo verhängt wurde, gegenüber denen aber besondere Wachsamkeit herrschen muss (Bestehen eines internen oder externen Konflikts, Menschenrechtslage usw.) (2000).

2. Fortentwicklung des Austauschs von Informationen über die einzelstaatliche Kontrollpolitik auf dem Gebiet der Waffenausfuhren in bestimmte Länder oder Regionen, denen gegenüber besondere Wachsamkeit geboten erscheint

Ein substanzielles Korpus der Verweigerungsmitteilungen im Rahmen des Mechanismus des Verhaltenskodex bildet die materielle Grundlage dieses Austauschs. Dieser wurde ferner durch einen regelmäßigen und systematischen Gedanken- und Informationsaustausch zwischen allen Mitgliedstaaten über bestimmte Länder und Regionen ergänzt, der im Rahmen der Gruppe „COARM“ stattgefunden hat (2001).

Operative Bestimmung Nummer 11

Die Mitgliedstaaten werden sich nach Kräften dafür einsetzen, andere rüstungsexportierende Staaten dazu zu ermutigen, sich den Grundsätzen dieses Verhaltenskodex anzuschließen.

1. Drittländer

Drittländer, die erklärt haben, dass sie sich den Grundsätzen und Kriterien des Kodex anschließen, und die in die Umstrukturierung der europäischen Rüstungsindustrie einbezogen worden sind, erhalten Zugang zu der sich fortentwickelnden Auslegung der Grundsätze und Kriterien des Kodex. Dies bedeutet nicht, dass Zugang zu den Informationen besteht, die im Laufe der Verfahren gemäß den operativen Bestimmungen des Kodex zur Verfügung gestellt werden.

Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten setzen sich weiterhin dafür ein, andere rüstungsexportierende Staaten zu ermutigen, sich den Grundsätzen des Verhaltenskodex anzuschließen (2001).

Der Verhaltenskodex war eines der Hauptthemen bei allen Konsultationen, die im Rahmen des politischen Dialogs mit Nichtmitgliedstaaten durchgeführt wurden.

Die Konsultationen mit den Vereinigten Staaten von Amerika über mögliche Folgemaßnahmen zu der Erklärung der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten von Amerika vom Dezember 2000 über die Verantwortung der Staaten und die Transparenz im Bereich der Waffenausfuhr werden fortgeführt (2002).

2. Einbeziehung von Drittländern

Die Mitgliedstaaten vereinbarten, Informationen über Verweigerungen von Ausfuhrgenehmigungen in zusammengefasster Form an assoziierte Länder weiterzugeben und diese zu ermutigen, die Mitgliedstaaten in vergleichbarer Form über von ihnen verweigerter Ausfuhrgenehmigungen zu informieren. Die Informationen werden über den Vorsitz weitergeleitet und umfassen folgende Angaben: Bestimmungsland, Kurzbeschreibung der Güter und ihre Einstufung in der Militärgüterliste, Klassifizierung der Endverwender nach Regierungsstellen oder privaten Stellen sowie Gründe für die Verweigerung der Genehmigung (Kriterien gemäß EU-Verhaltenskodex) (2002).

ANLAGE

ANGABEN ZUR AUSFUHR KONVENTIONELLER WAFFEN UND ZUR UMSETZUNG DES VERHALTENSKODEX IN DEN MITGLIEDSTAATEN FÜR DEN ZEITRAUM VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2002

Die Erhebung statistischer Daten ist von Staat zu Staat unterschiedlich und folgt keinem einheitlichen Standard. Auch waren die Mitgliedstaaten wegen ihrer Verfahren im Bereich der Waffenausfuhrkontrolle oder wegen der geltenden Datenschutzgesetze nicht alle in der Lage, die gleichen Angaben für die Tabelle zu machen.

Die beigefügten Tabellen enthalten folgende Angaben:

TABELLE A

- Je Mitgliedstaat ⁽¹⁾ ⁽²⁾ aufgeschlüsselt nach Ländern (a) = Zahl der erteilten Genehmigungen, (b) = Wert der erteilten Genehmigungen in Euro (falls verfügbar), (c) = Wert der Waffenausfuhren in Euro (falls verfügbar) (die Gesamtzahlen je Region sind in Fettdruck ausgewiesen)
- Gesamtausfuhr je Mitgliedstaat und Gesamtausfuhr der EU, aufgeschlüsselt nach Bestimmungsländern (a) = Zahl der erteilten Genehmigungen, (b) = Wert der erteilten Genehmigungen in Euro (falls verfügbar), (c) = Wert der Waffenausfuhr in Euro (falls verfügbar), (d) = Zahl der verweigerten Genehmigungen, (e) = Nummern der Kriterien, auf denen die Verweigerung beruht (in Klammern ist angegeben, wie viele Male ungefähr ein Kriterium angeführt wurde); Abweichungen in den Summen nach Gebieten und nach Mitgliedstaaten werden in den Fußnoten 2 iv) und 2 v) erläutert, die auch für mehrere Mitgliedstaaten gelten kann.

TABELLE B

Gesamtzahl der von jedem Mitgliedstaat ausgehenden und an jeden Mitgliedstaat gerichteten Konsultationen.

TABELLE C

Internet-Adressen, unter denen die nationalen Berichte über Waffenausfuhren abgerufen werden können.

⁽¹⁾ Um die Tabelle lesefreundlicher zu gestalten, wurde auf die Vermerke „entfällt“ und/oder „nicht verfügbar“ verzichtet.

⁽²⁾ NB:

- i) Betreffend die österreichischen Ausfuhren: Unter (a) sind alle von den österreichischen Behörden erteilten Genehmigungen angegeben, unter (b) der Wert der erteilten Genehmigungen für alle Güter, die in der Gemeinsamen Militärgüterliste im Rahmen des Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren enthalten sind und bei denen es sich nicht um „Kriegsmaterial“ handelt. Unter (c) wird der Gesamtwert der Ausfuhren von „Kriegsmaterial“ angegeben.
- ii) Betreffend die Niederlande, Ausfuhren in die Niederlande: Diese Genehmigungen gelten für die Ausfuhr von Komponenten aus den Niederlanden in Drittstaaten zwecks Einbau in Waffensysteme, die von den niederländischen Streitkräften in diesen Staaten erworben wurden. Endbestimmungsland dieser Komponenten waren daher die Niederlande.
- iii) Betreffend die schwedischen Ausfuhren:
 1. Der Wert (b + c) wurde von schwedischen Kronen in Euro umgerechnet. Die genaueren Werte sind dem nationalen Bericht Schwedens zu entnehmen.
 2. In den Fällen, in denen nur eine oder zwei Genehmigungen (a) für ein Empfängerland erteilt wurden, wird ein ungefährender Gesamtwert angegeben.
- iv) Betreffend die französischen Ausfuhren: Der Unterschied zwischen dem Gesamtwert der erteilten Genehmigungen und der Summe der angegebenen Werte resultiert daraus, dass Genehmigungen für Bestimmungsländer erteilt wurden, die nicht Mitglied der Vereinten Nationen und der französischen überseeischen Gebiete sind.
- v) Betreffend die Ausfuhren des Vereinigten Königreichs: In einigen Genehmigungen sind mehrere Bestimmungsländer und nicht nur eines angegeben. Das bedeutet, dass die Gesamtzahl der gebilligten und abgelehnten Genehmigungen niedriger ist als die Summe aller gebilligten und abgelehnten Genehmigungen in den Einträgen für jedes Bestimmungsländ/jede Region.

TABELLE A (1)

Regions Countries	Member States										
	Austria	Belgium	Denmark	Finland	France	Germany	Greece	Ireland			
North Africa	a	9			100	17	1				
	b	1 644 245			1 012 136 096	24 242 214	127 000				
	c	102 000									
Algeria	a	4			5	6					
	b	336 327			16 373 818	10 531 794					
Morocco	a	1			68	5	1				
	b	200 000			992 954 047	4 547 014	127 000				
	c	102 000									
Tunisia	a	4			27	6					
	b	1 107 918			2 808 231	9 163 406					
Sub-Saharan Africa	a	18			149	246	1				
	b	1 905 670	1	3	80 598	26 019 293	138 200	6			
	c	559 000	1 055 000	80 598	189 147 834	26 019 293	138 200	439 038			
Angola	a					1					
	b					44 994					
Benin	a	1			1	1					
	b	610			15 161	946					
Botswana	a	5			6	16					
	b	1 371 004			19 914 874	1 536 955					
Burkina Faso	a				1						
	b				91 782						
Cameroon	a	2			17						
	b	300 643			1 672 835						
Chad	a				1						
	b				229 126						
Congo (Republic of)	a				1						
	b				426 157						
Congo (Democratic Republic of)	a	1				1					
	b	22 841				2 301					
Djibouti	a				3						
	b				599 361						

(1) Die Tabelle gibt es nur in englischer Fassung.

Regions Countries	Member States									
	Austria	Belgium	Denmark	Finland	France	Germany	Greece	Ireland		
Eritrea	a					1				
	b					110 830				
Ethiopia	a				4	1				
	b				5 216 123	1 790				
Gabon	a				8	2				
	b				20 594 009	740				
Ghana	a				1	4				
	b				32 014	1 016 572				
Ivory Coast	a				5	1				
	b				1 008 625	883				
Kenya	a				1	4				1
	b				841 000	11 550				48 340
	c				114 000					
Malawi	a				9	2				
	b				353 213	2 368				
Mali	a				1					
	b				20 854					
Mauritania	a									
	b									
	c									
Mauritius	a				6					
	b				121 758					
Namibia	a					28				
	b					329 498				
Nigeria	a				1	5				1
	b				63 006	1 675 910				357 000
	c									
Senegal	a				4	1				
	b				92 906	3 190				
South Africa	a				72	110				2
	b				137 372 405	21 220 637				138 200
	c				3					2 000
					80 598					
					59 248					
Tanzania	a				1	48				
	b				18 964	14 059				
	c									
Togo	a				4					
	b				296 441					
Zambia	a					19				2
	b					45 270				31 698

Regions Countries	Member States									
	Austria	Belgium	Denmark	Finland	France	Germany	Greece	Ireland		
Zimbabwe	a b				2 167 220	1 800				
North America	a b c		41 48 966 000	10 2 066 051 1 660 246	344 324 763 027	1 208 715 401 854	12 19 986 200	15 2 795 865		
Canada	a b c	49 140 256 121 117 446 000	2 537 000	4 1 077 500 13 635	61 17 502 403	272 30 091 278		1 9 135		
United States	a b c	142 218 339 411 11 898 000	39 48 429 000	6 988 551 1 646 611	283 307 260 624	936 685 310 576	12 19 986 200	14 2 786 730		
Central America and the Caribbean	a b c			1 169 004 0	39 35 054 738	29 1 699 679				
Barbados	a b					1 488				
Belize	a b					1 2 156				
Costa Rica	a b					5 5 450				
Cuba	a b									
Dominican Republic	a b c	6 2 427 770 165 000								
El Salvador	a b	5 435 654			1 125 184	1 1 200				
Guatemala	a b									
Haiti	a b					1 225 650				
Honduras	a b					1 1 005				
Jamaica	a b	4 168 639				1 892				
Mexico	a b c	8 7 062 403 4 038 000		1 169 004 0	38 34 929 554	10 1 433 958				

Regions Countries	Member States									
	Austria	Belgium	Denmark	Finland	France	Germany	Greece	Ireland		
Nicaragua	a									
	b	27 381								
Panama	a									
	b	221 316								
	c	28 000								
Saint Lucia	a									
	b	47 448								
Trinidad and Tobago	a									
	b	7 257	1 47 984					8 28 880		
South America	a	87	61		1	284		162	2	1
	b	8 422 140	39 846 794		14 232	267 267 281		56 408 212	860 500	4 920
	c		24 329 000		19 476					
Argentina	a									
	b	365 502	2 25 640			25		15		
	c		109 000			6 959 160		7 342 593		
Bolivia	a									
	b	11 062						8 6 824		
Brazil	a	21	24					48	1	
	b	561 416	7 129 638			93		23 780 355	396 100	
	c		3 343 000			192 336 866				
Chile	a	15	23					74		
	b	106 215	2 013 141		1	94		18 608 428		
	c		653 000		14 232 19 476	19 580 436				
Colombia	a									
	b	25 428				15		2	1	1
Ecuador	a	16	5					5		
	b	67 853	85 463			2 610 878		441 376		
	c		138 000			14 276 603				
Paraguay	a									
	b	1 545								
Peru	a									
	b	83 185	1 3 579			6		3		
	c		4 000			1 086 739		2 035 464		
Suriname	a									
	b	6 251						1		
	c		290 000					477 245		
Uruguay	a									
	b	8 452						3		

Regions Countries	Member States									
	Austria	Belgium	Denmark	Finland	France	Germany	Greece	Ireland		
Venezuela	a	11	6		17	3				
	b	7 185 231	20 446 882		30 416 599	202 285				
	c		19 792 000							
Central Asia	a	3			14	54				
	b	289 864			23 029 456	1 069 830				
	c									
Kazakhstan	a	2			10	51				
	b	289 300			16 633 540	1 062 824				
Kyrgyzstan	a					1				
	b					2 850				
Turkmenistan	a					2				
	b					4 156				
Uzbekistan	a	1			4					
	b	564			6 395 916					
North East Asia	a	33	14	6	5	350		1		
	b	2 346 614	16 300 929	2 154 000	265 635	113 270 109		465 290		
	c		3 269 000		65 179					
China (Mainland)	a	3			73	1				
	b	2 025 925			105 431 246	10				
China (Hong Kong)	a	12				6				
	b	63 948				35 394				
China (Macao)	a	4								
	b	30 975								
Korea (Democratic Republic of)	a	5				148				
	b	143 918	3 929 126	3	2	83 521 584				
	c			625 000	54 244					
Japan	a	2				153				
	b	10 475	3 776 963	3	3	13 022 441				
	c			1 529 000	211 391					
Mongolia	a					8				
	b					27 541				
Taiwan	a	7				34		1		
	b	71 373	8 594 840			16 663 139		465 290		
	c		3 269 000							
South East Asia	a	160	49	5	4	351	8	5		
	b	7 228 771	62 208 669	4 000	357 957	125 987 050	1 501 500	12 458 291		
	c		7 175 000		1 202 978					

Regions Countries	Member States									
	Austria	Belgium	Denmark	Finland	France	Germany	Greece	Ireland		
Nepal	a	1			2	2				
	b	25 937 400			97 737	482 365				
	c	2 128 000								
Pakistan	a	2			267	1				
	b	10 909 650			241 656 353	225 000				
Sri Lanka	a					1				
	b					17				
European Union	a	68	68	64	1 841	4 071	18	17		
	b	7 701	34 306 000	46 282 500	1 869 726 162	1 363 607 879	9 427 600	10 183 575		
	c		28 418 000	42 009 369						
Austria	a	13		3	32	320	1			
	b	5 275 448		347 684	6 339 139	16 972 803	150 700			
	c	1 613 000		171 021						
Belgium	a	9	2	2	136	261	1			
	b		3 394 000	202 500	68 262 996	51 099 079	3 749 000			
	c			10 844						
Denmark	a	9		2	39	147				
	b	4 148 349		202 500	44 495 931	95 245 945				
	c	220 000		4 446						
Denmark (Greenland)	a					9				
	b					29 335				
Finland	a	3	1		50	87	1			
	b		154 000		29 313 486	43 109 288	93 588			
	c		4 000							
France	a	7	8	5		477	2	1		
	b		2 929 000	288 268		105 459 621	60 000	2 290		
	c		1 743 000	50 160						
France (New Caledonia)	a	3				9				
	b	1 040				30 432				
Germany	a	9	22	6	228		10	4		
	b		4 445 000	1 502 615	177 311 822		5 315 800	4 566 550		
	c		1 914 000	1 272 180						
Greece	a	6	4	4	241	150	2			
	b		1 129 000	255 053	519 028 465	266 202 434	3 244 500			
	c		1 587 000	158 234						
Ireland	a	2	1	4	15	23				
	b		182 683	278 371	4 922 525	3 231 193				
	c		186 000	69 878						
Italy	a	6	24	9	205	526	1			
	b		4 451 339	3 267 897	201 568 121	78 591 950	114 600			
	c		2 488 000	988 112						

Regions Countries	Member States										
	Austria	Belgium	Denmark	Finland	France	Germany	Greece	Ireland			
Luxembourg	a	5			2	4	59				
	b		904 000		202 500	68 044	6 838 338				
	c			29 481							
Netherlands	a	7			5	79	539				
	b			6 240 000	271 762	44 010 812	219 665 094				
	c		3 760 000		23 647						
Netherlands (Netherlands Antilles)	a	1					1				
	b	6 661					23 420				
Portugal	a	1	4		3	88	35	1			
	b		3 649 752		209 005	83 661 724	7 738 263	9 000			
	c		1 301 000		6 505						
Spain	a	3	22	2	4	224	465				
	b		1 486 515	146 000	365 576	238 588 335	232 291 839				
	c		547 000		16 142						
Sweden	a	2	42	8	10	118	270	4			
	b		4 207 722	2 596 000	38 589 756	49 790 925	109 050 097	1 708 297			
	c		3 545 000		39 133 978						
United Kingdom	a	4	68	14	5	382	693	5			
	b		16 051 025	12 468 000	299 013	402 363 837	128 028 748	8 500			
	c		8 606 000		74 741			568 350			
Other European countries	a	842	91	38	56	482	3 725	12			
	b	32 116 708	18 549 123	25 659 000	8 130 926	807 064 406	358 090 729	17 647 500			
	c		5 706 000		3 363 940						
Albania	a	2									
	b	75 596									
Andorra	a	2	1				29				
	b	13 285	19 153				304 877				
Armenia	a	1									
	b	8 779									
Azerbaijan	a	2	1				1	1			
	b	31 897	0				256 812	21 200			
Belarus	a	8					28				
	b	11 838					361 629				
Bosnia and Herzegovina	a	6					1				
	b	603 645					15 750				
Bulgaria	a	34			2	3	31				
	b	3 507 289			24 208	48 680	511 977				
	c				7 320						

Regions Countries	Member States									
	Austria	Belgium	Denmark	Finland	France	Germany	Greece	Ireland		
Croatia	a	50			4	24		1		
	b	3 796 840			1 248 670	687 708		11 100		
Cyprus	a	3	4		48	2	7			
	b	2 120	90 815		111 319 525	2 399	17 528 900			
	c		68 000							
Czech Republic	a	56	7		47	382				
	b	2 942 842	707 862		13 831 534	8 932 178				
	c		37 000							
Estonia	a	7		1	4	39				
	b	86 375		12 000	444 420	851 922				
	c		37 000		48 920					
Georgia	a	28	1			1				
	b	25 086	1 191			15 000				
Holy See	a					1				
	b					1 500 000				
Hungary	a	28				152				
	b	855 766	196 000		14	9 531 678				
Iceland	a	4	1			27				
	b	24 506	500		202 500	33 675				
	c				3					
Latvia	a	16				68				
	b	633 520			5	2 092 388				
	c				257 716					
Liechtenstein	a					11				
	b				1	83 034				
Lithuania	a	11				73				
	b	549 742		2	6	25 681 410				
	c		3 000	8 613 000	327 838	1 481 702				
Former Yugoslav Republic of Macedonia	a	9				1				
	b	133 969				4 200		1	22 250	
Malta	a					1				
	b				5	5 710				
	c		41 000		140 210					
Moldavia	a	3				1				
	b	247 160				587				
Norway	a	12				396				
	b	3 823 092	7 935 602	27	5	30 034 055				
	c		1 562 000	15 368 000	1 294 284	120 188 198				

Regions Countries	Member States									
	Austria	Belgium	Denmark	Finland	France	Germany	Greece	Ireland		
Israel	a	17			198	157	7			
	b	13 641 937			32 712 931	159 988 679	1 271 500			
Jordan	a	9		1	38	4	1			
	b	708 792		126 630	5 965 324	156 313	140 000			
	c	512 000		126 930						
Kuwait	a	6		1	51	26	1			
	b	1 465 280		9 166	34 235 725	1 691 225	663 000			
	c	485 000		0						
Lebanon	a	7			1		2	8		
	b	1 265 397			195 456		374 000	424 465		
	c	468 000								
Oman	a	12			54	187				
	b	276 081			138 409 457	2 175 008				
	c	998 000								
Palestinian controlled territories	a					1				
	b					238 622				
Qatar	a	2			110	13				
	b	21 319			54 541 021	398 643				
	c	1 096 000								
Saudi Arabia	a	11		2	132	59				
	b	155 341 131		756 975	1 927 234 021	26 522 870				
	c	43 927 000		883 139						
Syria	a				2	2	1			
	b	284 975			799 933	9 649	120 000			
United Arab Emirates	a	18		3	294	80				
	b	12 421 411		16 859	2 995 110 611	39 653 087				
	c	27 752 000		7 200						
Yemen	a				2	2				
	b	3 082			3 648 983	20 443				
Oceania	a	36		3	82	308	6			
	b	19 964 361		1 299 000	100 652 651	119 751 944	4 209 020			
	c	9 816 000		157 191						
Australia	a	29		3	76	231	3			
	b	16 638 773		1 299 000	99 444 362	116 493 085	1 931 120			
	c	4 773 000		19 887						

Regions Countries	Member States									
	Austria	Belgium	Denmark	Finland	France	Germany	Greece	Ireland		
New Zealand	a	7		1	6	75		3		
	b	3 325 588		N/A	1 208 289	3 258 284		2 277 900		
	c	5 043 000		137 304						
Palau	a									
	b	1 733								
Papua New Guinea	a					2				
	b	22 683				575				
TOTALS per Member State	a	1 660	1 013	164	156	11 317	62	73		
	b	233 829 846	1 145 839 299	113 468 000	59 407 221	3 257 641 306	52 257 000	35 894 599		
	c	43 753 618	294 966 000		53 973 159					
	d	5	15		14	65	3	3		
	e	1a, 3, 4, 7	2,3,4,7		2(3)3(9)4(1)7(6)	91	1(3) 2(12) 3(17) 4(17) 7(33) 8(1)	2, 3		

Regions Countries	Member States										Total EU per destination
	Italy	Luxembourg	Netherlands	Portugal	Spain	Sweden	United Kingdom				
Ethiopia	a							13			19
	b							105 994			5 341 427
Gabon	a	2						17			35
	b	890						500 000			21 770 671
	c	890									890
Ghana	a	1						28			38
	b			4				62 491			1 799 127
	c	19 775		688 050				1 600 000			1 635 125
	d			15 350							3
	e										1(3)
Guinea	a							5			5
Guinea-Bissau	a							1			1
Ivory Coast	a							14			20
	b							850			1 010 358
	c										
	d										6
	e										3(1) 7(5)
Kenya	a							54			65
	b			2				1 000 000			2 139 930
	c			10 000				600 000			724 000
	d										2
	e										7(2)
Lesotho	a							2			2
Madagascar	a							2			2
	d										1
	e										3(1)
Malawi	a							3			14
	b							2 700			358 281
Mali	a							2			3
	b										20 854
Mauritania	a							4			8
	b										4 289
	c	15 772									15 772
Mauritius	a							18			25
	b							1 500 000			1 629 906
	c							30 000			30 000
Mozambique	a							5			5
	b							20 097			20 097

Regions Countries	Member States										Total EU per destination
	Italy	Luxembourg	Netherlands	Portugal	Spain	Sweden	United Kingdom				
Namibia	a				2			13			49
	b				17 440			86 221			582 798
	d							3			7(3)
	e							3			3
Niger	a							41			50
Nigeria	a							7 000 000			98 211 588
	b							10 000			375 000
	c							4			4
	d							2(1)			3(2)
	e							4(3)			4(3)
Senegal	a							6			11
	b							136 620			232 716
	d							1			1
	e							3(1)			4(1)
	a							2			2
Sierra Leone	a							3			3
	b							21 750			21 750
	d							2			2
	e							1(2)			1(2)
	a							4			4
Somalia	b							15 285			15 285
	a							232			480
South Africa	b	1 628 552			1			45 500 000			208 388 754
	c	1 189 217			1 149			4 870 000			45 212 614
	d			9				5			3
	e			40 000				150 000			2(1)
	a					2		39 000 000			4(1)
Sudan	a							6			6
	b							3 545			3 545
	d							2			2
	e							1(2)			1(2)
	a							1			1
Tanzania	a							20			76
	b							67 254			184 484
	c							3			27 000
Togo	a							7			7
	b							296 441			296 441
	d							1			1
	e							2(1)			3(1)
	a							3			3

Regions Countries	Member States										Total EU per destination	
	Italy	Luxembourg	Netherlands	Portugal	Spain	Sweden	United Kingdom					
Uganda	a							3			3	
	b							43 600			43 600	
Zambia	a							4			26	
	b							100 000			194 968	
	c	88 572						10 000			98 572	
	d										1	
	e										4(1)	
Zimbabwe	a										3	
	b										168 020	
	d										3	
	e										1(2) 3(1)	
											4(1)	
North America	a	69		108	7	74					1 715	3 679
	b	36 930 961		146 610 000	1 140 622	27 867 200					438 045 000	1 783 741 627
	c	35 456 653				14 300 460					345 014 100	544 182 081
	d										3	
	e										2(3) 3(3) 4(1) 6(1)	
Canada	a	13				3					305	733
	b	1 262 879				731 770			11		30 210 000	226 297 744
	c	5 594 883				753 820			1 600 000		87 084 300	212 492 638
United States	a	56			7	71					1 410	3 107
	b	35 668 082	1			27 135 430			66		407 835 000	1 977 539 560
	c	29 861 770	145			13 546 640			59 000 000		257 929 800	366 023 588
	d		145						50 000 000		3	
	e										2(3) 3(3) 4(1) 6(1)	
Central America and the Caribbean	a	2				23					199	327
	b	4 011 498				1 241 510					46 284 289	89 603 431
	c	2 455 505				797 340					111 300	3 364 145
	d										29	
	e										2(6) 3(8) 4(2) 7(24)	
Antigua and Barbuda	a										2	2
	b										1 137	1 137
Bahamas	a										14	14
	b										17 490 000	17 490 000
Barbados	a										18	22
	b										795 000	821 626

Regions Countries	Member States										Total EU per destination
	Italy	Luxembourg	Netherlands	Portugal	Spain	Sweden	United Kingdom				
Mexico	a	2			4	11	57				134
	b	4 011 498			318 300	53 000 000	1 590 000				102 698 111
	c	19 066			636 600	28 000 000	15 900				32 709 566
Nicaragua	a						6				7
	b										27 381
	d										1
	e										2 (1) 7 (1)
Panama	a						8				14
	b						97 197				336 543
	c					2 18 030					28 000
Saint Kitts and Nevis	a						1				1
Saint Lucia	a							1			4
	b										47 448
Saint Vincent and Grenadines	a							2			2
	b							127 200			127 200
Trinidad and Tobago	a							20			32
	b							23 906			108 027
	c							15 900			15 900
	d										2
	e										2(2)
South America	a	36	3	9	2	44	15	477			1 184
	b	37 118 610	15 166			14 272 760	16 630 000	25 895 522			466 756 137
	c	6 931 342	15 166	920 000	213 286	7 965 240	7 000 000	6 916 500			54 310 010
	d										27
	e										2(2) 3(16) 7(15) 8(2)
Argentina	a	2		3		4		38			98
	b	585 243				536 440		2 385 000			18 199 578
	c	753 063		10 000		9 230		270 300			1 151 593
Bolivia	a		3					11			24
	b		15 166								33 052
	c		15 166								15 166
	d										1
	e										3(1)
Brazil	a	13		1		4	6	176			387
	b	9 804 831				1 786 110	4 600 000	18 285 000			258 680 316
	c	79 768		390 000		1 778 610	4 000 000	5 517 300			15 108 678

Regions Countries	Member States										Total EU per destination
	Italy	Luxembourg	Netherlands	Portugal	Spain	Sweden	United Kingdom				
Philippines	a	2			3			39			71
	b	70 093			1 521 580			192 794			9 829 181
	c	522 635			207 210			492 900			1 255 745
	d										5
	e										3(3) 7(4)
Singapore	a	26			1			20			640
	b	46 047 952			2 220			33 000 000			358 042 431
	c	9 997 835		530 000				45 500 000			63 498 056
	d										1
	e										5 (1)
Thailand	a	11			5			6			453
	b	3 955 188			17 080			4 400 000			36 611 825
	c	2 033 749		2 320 000	174 500			2 500 000			10 314 906
	d										1
	e										7(1)
Vietnam	a										36
	b							3 180 000			4 230 490
	c										1 300 000
	d							1 300 000			4
	e										2(1) 4(3) 5(1) 8(1)
South Asia	a	43						12			2 338
	b	41 864 573			3			37 590 000			1 097 082 736
	c	25 990 823		620 000	222			840 000			148 553 455
	d										63
	e										1(2) 2(11) 3(6) 4(23) 5(4) 6(4) 7(11) 8(1)
Afghanistan	a										14
	b							8			1 928 458
Bangladesh	a	2						40			96
	b	810 475						14 310 000			15 882 182
	c	810 475		520 000				588 300			1 918 775
	d										1
	e										3(1)
Bhutan	a										3
	b							2			17 793
India	a	30						9			1 657
	b	37 461 745						32 000 000			758 733 997
	c	7 614 090		100 000				700 000			125 983 100
	d										20
	e										1(2) 2(1) 3(1) 4(16) 5(2) 7(5)

Regions Countries	Member States										Total EU per destination	
	Italy	Luxembourg	Netherlands	Portugal	Spain	Sweden	United Kingdom					
Maldives	a							7			9	305 361
	b							232 504			38 000	
	c											
Nepal	a							13			19	27 312 502
	b							795 000			2 302 900	
	c							174 900			6	
	d										2(2) 3(6)	
	e											
Pakistan	a	11						203			488	
	b	3 592 353						23 850 000			285 823 507	
	c	17 566 258						477 000			18 183 258	
	d										30	
	e										1(1) 2(1) 4(26) 5(2) 7(8) 8 (3)	
Sri Lanka	a							1			47	52
	b					62 080		2 385 000			2 447 097	
	c					222		127 200			127 422	
	d										9	
	e										2(8) 3(1) 6(4)	
European Union	a	217	6	687	25	301	229	3 531			11 559	
	b	378 012 981	29 054	186 090 000	3 474 188	443 980 060	380 450 000	742 930 521			5 645 330 483	
	c	159 409 378	29 054			229 413 860	117 700 000	501 215 700			1 267 759 549	
Austria	a	5	14			2	16	109			515	
	b	1 124 575				810	14 000 000	3 180 000			47 391 159	
	c	19 046 493	1 030 000				5 500 000	1 415 100			28 775 614	
Belgium	a	25			9	17	9	194			665	
	b	2 069 563				3 076 500	3 700 000	6 360 000			141 913 638	
	c	3 725 034			3 211 067	1 184 320	1 550 000	4 992 600			14 673 865	
Denmark	a	8	13			33 000	17	196			33 431	
	b	3 620 188					5 500 000	4 770 000			157 982 913	
	c	14 224 992	870 000				9 500 000	10 319 100			35 138 538	
Denmark (Greenland)	a							7			16	
	b							397 500			426 835	
Denmark (Faroes)	a							11			11	
	b											
Finland	a	3	15			1	38	151			354	
	b	358 699				290	256 000 000	8 745 000			338 442 130	
	c	5 336	550 000				8 700 000	13 292 400			22 551 736	

Regions Countries	Member States										Total EU per destination	
	Italy	Luxembourg	Netherlands	Portugal	Spain	Sweden	United Kingdom					
France	a	18		79	6	76	14	535	1 310			1 310
	b	66 564 953		21 890 000	120 491	61 033 100	4 650 000	270 300 000	625 986 154			625 986 154
	c	18 274 988				5 581 280	52 000 000	61 771 500	161 431 419			161 431 419
France (New Caledonia)	a							2	14			14
	b						10 000		31 472			31 472
	c								10 000			10 000
Germany	a	33	3	414	3	65	68	465	1 467			1 467
	b	28 439 624	400			124 241 100	80 600 000	128 790 000	723 009 275			723 009 275
	c	23 020 090	400	75 360 000	81 273	61 507 470	23 600 000	203 154 300	389 909 713			389 909 713
Greece	a	34		35	2	10	8	171	678			678
	b	15 714 139		46 780 000	6 838	16 934 720	10 000 000	57 240 000	933 518 862			933 518 862
	c	22 785 853				4 199 320	300 000	143 100	75 960 345			75 960 345
Ireland	a	2		2	1		4	190	245			245
	b	91 782		1 130 000	10 400		700 000	6 360 000	15 820 554			15 820 554
	c						1 000 000	763 200	3 159 478			3 159 478
Italy	a		1	8	3	57	11	412	1 264			1 264
	b		12 192			90 933 900	600 000	49 290 000	429 590 999			429 590 999
	c		12 192	4 990 000	21 111	71 639 500	1 300 000	156 567 300	238 006 215			238 006 215
Luxembourg	a	3				12	2	134	221			221
	b	201 669				0	500 000	795 000	8 605 551			8 605 551
	c	1 416 243				244 750		1 160 700	3 755 174			3 755 174
Netherlands	a	8	4			4	12	256	919			919
	b	1 278 369		18 100 000		2 529 030	1 000 000	96 990 000	371 985 067			371 985 067
	c	5 277 235				473 660	5 500 000	9 158 400	42 292 942			42 292 942
	d											
	e											
Netherlands (Netherlands Antilles)	a											
	b											
Portugal	a	5	2	4		1	3	154	301			301
	b	1 105 989	100			208 160	100 000	1 590 000	98 271 993			98 271 993
	c	427 903	100	470 000			40 000	9 269 700	11 515 208			11 515 208
Spain	a	46		17			10	276	1 069			1 069
	b	246 250 146		1 030 000			100 000	31 800 000	751 028 411			751 028 411
	c	18 229 459					1 300 000	13 960 200	35 082 801			35 082 801
Sweden	a	5		15		1		263	738			738
	b	960 900		2 700 000		0		76 320 000	283 223 697			283 223 697
	c	5 673 365						15 248 100	66 300 443			66 300 443

Regions Countries	Member States										Total EU per destination
	Italy	Luxembourg	Netherlands	Portugal	Spain	Sweden	United Kingdom				
Croatia	a		2					25			106
	b		140 000			250 000		2 385 000			8 129 318
	c							15 900			405 900
	d										1
	e										4(1)
Cyprus	a							65			130
	b	15 615						795 000			129 754 374
	c							47 700			115 700
	d										3
	e										3(3)
Czech Republic	a	2						83			600
	b	49 376 339						6 360 000			86 243 808
	c	7 942 232	10 000					1 574 100			10 217 060
Estonia	a							23			77
	b							2 385 000			3 829 717
	c							15 900			501 820
Georgia	a							10			40
	b							5 098			46 375
	d										3
	e										2(1) 3(3) 4(1) 7(2)
											1
Holy See	a										1 500 000
	b										
Hungary	a	1						37			241
	b	26 978						3 975 000			22 380 132
	c		10 000					31 800			131 800
Iceland	a							37			75
	b							182 739			506 920
	c							95 400			109 800
Latvia	a							19			112
	b							795 000			4 870 644
	c										44 349
	d										8
	e										7(8)
Liechtenstein	a							5			17
	b										285 534
Lithuania	a							24			120
	b							795 000			37 448 692
	c							1 287 900			1 400 891

Regions Countries	Member States										Total EU per destination
	Italy	Luxembourg	Netherlands	Portugal	Spain	Sweden	United Kingdom				
Former Yugoslav Republic of Macedonia	a							4			15
	b										160 419
	d										2
	e										3(2) 7(1)
Malta	a	1						27			34
	b	212 400						7 155 000			7 513 320
	c							47 700			88 700
Moldavia	a						1	4			9
	b						63 980	919			312 646
	c						63 980				63 980
Monaco	a						6				6
Norway	a	3		13	10		11	196	38		802
	b	3 036 350		1 050 000	741 138		3 551 070	13 515 000	7 000 000		205 745 651
	c						500 100	27 968 100	18 000 000		49 846 935
Poland	a	6	1	1				68			433
	b	15 129 915	397					9 540 000			166 279 138
	c	2 496 052	397	10 000				30 000			2 635 231
Romania	a	6		2				51	2		270
	b	6 082 419						5 565 000	100 000		18 197 581
	c	6 873 460		10 000					5 000		6 888 460
	d										1
	e										7(1)
Russian Federation	a							72	8		488
	b							55 650 000	600 000		73 044 585
	c							15 900	100 000		115 900
	d										11
	e										2(1) 3(4) 4(1) 6(1) 7(6)
Slovakia	a		1					40	2		253
	b							2 385 000	100 000		8 467 173
	c		30 000					63 600	10 000		562 105
Slovenia	a	2						33			301
	b	200 785						2 385 000			23 335 474

Regions Countries	Member States										Total EU per destination
	Italy	Luxembourg	Netherlands	Portugal	Spain	Sweden	United Kingdom				
St Marino	a							5			33
	b							6 201			51 521
Switzerland	a	3	15		7	24		165			1 592
	b	12 134			71 600	7 000 000		96 195 000			371 056 681
	c	12 134	5 610 000		20 210	39 000 000		34 328 100			99 275 949
	d										1
	e										5(1) 7 (1)
Turkey	a		16		5	3		182			607
	b	20 406 106		1	2 992 040	300 000		43 725 000			469 179 621
	c	19 136 686	21 830 000	197 470	56 210	300 000		55 888 500			100 692 866
Ukraine	a							25			136
	b							2 385 000			4 489 548
	d										8
	e										4(1) 7(7)
											54
Serbia and Montenegro	a										1 159 915
	b										8
	d										3(1) 4(3) 5(4) 6(1)
	e										7(2) 8(1)
											3 518
Middle East	a	69	32		43	11		1 343			6 425 306 051
	b	138 845 164			55 304 700	14 700 000		441 055 055			330 660 448
	c	23 772 246	31 010 000		7 442 670	2 850 000		184 800 000			95
	d										2(44) 3(55) 4(25)
	e										5(2) 6(14) 7(6)
Bahrain	a	6	4			1		69			106
	b	242 460				100 000		3 000 000			10 024 871
	c	1 569 474	240 000			20 000		210 000			2 039 474
Egypt	a	11	1			1		116			462
	b	5 578 461				100 000		27 500 000			168 342 785
	c	1 705 741	10 000			1 504 890		5 090 000			12 840 894
	d										8
	e										1(1) 2(3) 4(2) 5(1)

Regions Countries	Member States										Total EU per destination		
	Italy	Luxembourg	Netherlands	Portugal	Spain	Sweden	United Kingdom						
Qatar	a	3						5				84	244
	b	315 673	13					375 610				3 000 000	58 712 616
	c	17 323	1 580 000					25 600				3 160 000	5 878 923
Saudi Arabia	a	8										141	358
	b	29 114 187	1									29 000 000	2 170 601 989
	c	33 011	20 980 000						100 000			6 356 000	129 573 150
Syria	a	1										11	19
	b	12 563 915										3 541	13 813 923
	c	18 806 000											18 806 000
	d												9
	e												3(2) 4(8) 5(2) 6(2)
United Arab Emirates	a	8										265	708
	b	277 110	6					8		4		18 500 000	3 103 516 179
	c		339 000 000					22 437 400		14 000 000		15 500 000	386 939 300
	d							1 980 100		2 700 000			1
	e												4(1)
Yemen	a											10	20
	b											31 170	3 703 678
	c		150 000										150 000
	d												1
	e												5(1)
Oceania	a	19										472	1 024
	b	3 658 896	4					1		30		28 735 073	294 926 571
	c	1 024 486	190 000					12 600		15 400 000		37 539 900	62 220 810
Australia	a	16										275	701
	b	3 583 376	3					1		25		25 440 000	281 045 280
	c	863 184	180 000					12 600		15 000 000		37 412 700	56 255 371
Fiji	a											6	7
	b											19 602	19 602
	c											86 633	86 633
Nauru	c										31 800	31 800	

Regions Countries	Member States										Total EU per destination	
	Italy	Luxembourg	Netherlands	Portugal	Spain	Sweden	United Kingdom					
New Zealand	a	2										292
	b	74 716				5	175	3 180 000				13 740 423
	c	161 302		10 000		400 000	95 400					5 847 006
Palau	a											2
	b											1 733
Papua New Guinea	a										9	14
	b									63 672		86 930
Samoa	a									2		2
Solomon Islands	a									2		2
Tonga	a	1								1		2
	b	804										804
Vanuatu	a									2		2
TOTALS per Member State	a	622	16	958	63	575	548	13 116	36 063			
	b	869 625 549	57 986	450 330 000	6 078 814	566 310 130	638 099 371	3 197 466 743	21 546 765 229			
	c	471 250 265	57 986	7	3	274 709 800	373 182 903	1 497 303 000	3 465 605 545			
	d	71		3(4) 4(4) 6(3) 7(2)	3(2) 4(2) 7(2)	8	10	120	412			
	e	1(7) 3(11) 4(7) 5(2) 7(44)		8(1)	7(8)	4(8) 3(1) 7(1)	7(8)	1(6) 2(67) 3(59) 4(36) 5(6) 6(21) 7(22) 8(0)	1(23) 2(83) 3(104) 4(77) 5(8) 6(24) 7(127) 8(2)			

TABELLE B

Gesamtzahl der von jedem Mitgliedstaat ausgehenden und der an jeden Mitgliedstaat gerichteten Konsultationen

Mitgliedstaat	Anzahl der von ihm ausgehenden Konsultationen	Anzahl der an ihn gerichteten Konsultationen
Belgien	3	6
Dänemark	0	0
Deutschland	19	5
Griechenland	0	0
Spanien	0	2
Frankreich	17	7
Irland	0	0
Italien	2	7
Luxemburg	0	0
Niederlande	1	2
Österreich	11	1
Portugal	1	0
Finnland	3	4
Schweden	0	4
Vereinigtes Königreich	11	10
Summe	68	48

TABELLE C

Die einzelstaatlichen Berichte über Waffenausfuhren sind in gedruckter Form oder im Internet unter folgenden Anschriften erhältlich:

Belgien:	diplobel.fgov.be
Dänemark:	Postanschrift: Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, N.SP, Asiatisk Plads 2, DK-1448 Kopenhagen K, Dänemark oder Internet: www.um.dk Zusammenfassung in Englisch. Gesamter Bericht nur in Dänisch.
Deutschland:	http://www.bmwa.bund.de/Navigation/Service/Englisch/publications?page=1.html oder: www.bmwa.bund.de , Auswahl: „english“, Auswahl: „publications“
Spanien:	www.mcx.es/sgcomex/mddu
Frankreich:	www.defense.gouv.fr/actualites/dossier/d49/index.html
Irland:	www.irlgov.ie/iveagh
Italien:	www.camera.it , Auswahl: „attività parlamentare“, Auswahl: „lavori“, Auswahl: „documenti parlamentari“, Auswahl: „doc LXVII“
Niederlande:	www.exportcontrole.ez.nl
Portugal:	www.mdn.gov.pt
Finnland:	www.defmin.fi/index.phtml/page_id/75/topmenu_id/5/menu_id/75/this_topmenu/65/lang/3/fs/12
Schweden:	www.utrikes.regeringen.se/inenglish/pressinfo/information/Publications.htm
Vereinigtes Königreich:	www.fco.gov.uk